

# Klare Antwort!

Kahr pfeift auf die Gesehe. Er pfeift laut auf sie, bevor noch die Gesehe in Kraft sind. Er erklärt schon jetzt: Wenn aus dem Gesehentwurf über die Entwaffnung der Orgesch. usw. ein Gesetz wird, wird er noch lauter und deutlicher auf es pfeifen.

Kahr ist ein gegenrevolutionärer Realpolitiker. Er weiß, was er sagt und was er tut. Gewaffnete Bourgeoisie gegen das entwaffnete Proletariat, das ist im geeigneten Moment viel mehr wert als die Schutzwehr, die die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsbürokratie für den Schutz der kapitalistischen Ordnung bietet. Das ist viel mehr wert, als ein jedes Gesetz, mehr als alle Maschinen, durch welche die U.S.P.-Führer das Gebäude der Ausbeutung stiften und stützen wollen.

Kahr pfeift auf die Gesehe. Er tritt sie mit Füßen, daß sie unpfeiflich. Denn über dem Gesetz steht das Recht auf die Gegenrevolution. Er duldet eine Verfassung dieses Rechtes unter keinem Titel. Umsonst der Versuch der Demokraten und Sozialdemokraten, die Gegenrevolution in ein gesetzliches Gewand zu kleiden. Orgesch spuckt ihnen in die Augen, er schlägt auf sein Schwert und sagt offen:

Das ist die sicherste Garantie der kapitalistischen Ordnung und nicht Euer elendes Gesetz!

Und es mag kommen, was kommen will —

## Orgesch läßt sich nicht entwaffnen.

Kann das deutsche Proletariat warten? Kann es stumm bleiben? Kann es auf diese Provokation keine Antwort geben?

Die Bande der Mehrheitsler, läßt gesetzlich die bewaffnete Macht gegen die nackte Brutt der von ihr entwaffneten Arbeiterschaft aufmarschieren. Sie will von ihrer gegenrevolutionären Führerrolle zu Gunsten der Orgesch nicht abdanken und darum befehlt sie — auf die Gesehe sich stützend — die Industrie Sachsen. Dieses Mißvolk — unter welchem der Oberpräsident von Sachsen, der Göring, noch nicht einmal der schlechteste ist — verwechselt bewußt den Streik mit dem Raub, und die Arbeitseinstellung mit der Plünderung. Man tut es deshalb, damit es die Waffen direkt und ausgesprochen zur Verfügung der Kapitalisten übergeben kann.

Die Bourgeoisie steht selbst in Waffen und läßt sich nicht entwaffnen. Sie tut das offen im Namen des Rechtes auf die Gegenrevolution.

Ihre politischen Stützen mobilisieren für ihre Interessen die bewaffneten Kräfte der gesetzlichen Gegenrevolution. Sie tun es im Namen des kodifizierten, in Paragraphen gefassten Rechtes der Gegenrevolution.

Und die deutsche Arbeiterschaft steht waffenlos da! Nicht die Entente hat sie entwaffnet — die Entente kann ja nicht einmal die Orgesch entwaffnen. Die deutsche Bourgeoisie und ihr sozialdemokratisches Führergesindel haben die Waffen aus den Händen der Proletarier entwunden. Es ist klar, warum sie dies getan haben. Die proletarische Revolution ist die Bewaffnung des Proletariats und die Entwaffnung der Bourgeoisie. Die Gegenrevolution ist die Bewaffnung der Bourgeoisie und die Entwaffnung des Proletariats.

Jetzt gilt das Gesetz nicht mehr, es gilt auch Versailles nichts — Die Waffe bringt die Entscheidung. — Und die Gegenrevolution will die Waffen nicht aus ihren Händen geben.

## Der Pfiff des Herrn Kahr muß beantwortet werden!

Man kann darauf antworten, wie es Göring tut:

Die Mittel der gesetzlichen Gegenrevolution gegen die Arbeiterschaft in Bewegung zu setzen.

Man kann auch so antworten, wie es die „Freiheit“ tut: Die Arbeiterschaft irre führen und betrügen mit der Behauptung, daß die Entente die deutsche Bourgeoisie — ihre verbündeten gegen Sowjet-Rußland von morgen oder übermorgen — entwaffnen wird.

Es ist aber auch eine dritte Antwort möglich:

## Ein jeder Arbeiter pfeift auf das Gesetz und erwirbt sich eine Waffe, wo er sie findet!

Die bewaffneten Kräfte der Gegenrevolution sind gegen die Brutt des gesamten Proletariats gerichtet. Kahr hat das erste Pfeifen-Signal gegeben. Noch nicht zum entscheidenden Angriff — erst zum Aufmarsch. Auf das Signal muß die gesamte Arbeiterschaft seine Antwort geben. Die klare Antwort kann nur eine sein, und zwar:

Wie Kahr von der einen Seite, so muß das Proletariat von der anderen Seite:

## Pfeifen auf das Gesetz!

Ein jeder Gegenrevolutionär hat seine Waffe. Die Arbeiter dürfen auch nicht schlechtere Revolutionäre sein, wie es jene Gegenrevolutionäre sind.

## Kein Zaudern mehr!

Göring hat den Anfang gemacht. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Mehrheitssozialdemokratie, folgt, auch er schüttet seinen Gieser auf die Kommunisten aus. Beide überbieten sich. Keine Beschimpfung, keine Verächtlichkeit ist fast genug, daß sie nicht den Kommunisten entgegengeworfen wird, den einzigen, die inmitten aller nationalitätlichen Erzeße, aller Vorstöße der Gegenrevolution, den klaren Kopf behalten haben.

Mit dem guten Instinkt des politischen Draufgangers haben die Mehrheitssozialisten herausgesehen, daß es Zeit ist, die weichen Stellen der Weichheit abzuwerfen und der Welt wieder die altbekannten Züge aus der Zeit Nozes zu zeigen.

Die Mehrheitssozialdemokratie stellt sich in der Person Görings an die Spitze des neuen Feldzuges der Gegenrevolution gegen die Arbeiterschaft.

Doch sie sind jetzt noch schlimmer als Noke. Sie sind von der Rolle der politischen Halbwelt in die der politischen Lumpengarde der Gegenrevolution hinabgefallen. Zwischen Noke und Göring liegen zwei Jahre Gegenrevolution, die den Zusammenbruch der Bourgeoisie herbeiführten. Noke beehrte sich mit der Fahne der bürgerlichen Republik, Göring marschiert im Schwanz der wiederkehrenden Ludendorff und Konfession. Göring eröffnet seinen Feldzug gegen die Arbeiterschaft in einem Moment, wo die Orgeschbanden unbestritten das Feld behaupten.

Göring nennt alle Kommunisten Provokateure und Verbrecher, setzt jeden „wilden Streik“ mit Plünderung und Verbrechen gleich. Hier begegnet sich Göring mit seinen Freunden aus der Gewerkschaftsbürokratie. Die obersten Spitzen der Gewerkschaftsbürokratie bezeichnen jeden Streik, der ihnen nicht paßt, mag er auch vom Willen der Massen und der Ortsverwaltung getragen werden, als „wild“. Für den Terror, den Göring der Arbeiterschaft ankündigt, ist die Gewerkschaftsbürokratie verantwortlich durch ihren Feldzug gegen die Kommunisten.

Der Verrat trägt keine Früchte. Weil die Mehrheitssozialdemokraten wissen, daß jede Aktion der Arbeiterschaft sie hinwegsetzen wird, stellen sie sich jetzt offen in den Dienst der Gegenrevolution.

Göring organisiert seine Winterkargade in einem Augenblick, wo die Unternehmer die Sanktionen dazu benutzen, um einen Ausverkaufsfeldzug gegen die Arbeiterschaft zu eröffnen.

Schon werden in Mägen die Textilfabriken geschlossen, angeblich, weil die neue Zollgrenze die Weiterführung der Produktion unmöglich macht. Die Sebnitzer und Neustädter Blumenfabrikation in Sachsen ist vollständig stillgelegt.

Die Bourgeoisie schwingt die Hungerpeitsche über die Arbeiterschaft, geht ihr ans Leben. Die Mehrheitssozialisten übernehmen die Rolle der Hinterschneiche. Und die Autorität der Gewerkschaftsbürokratie fällt.

So ist der Kreis geschlossen. Die Sozialverräter, die sich von der Bourgeoisie nicht auf dem Boden des außerpolitischen Konflikts trennen konnten, stehen zu ihr heute, da die Bourgeoisie den außerpolitischen Konflikt zu einem innerpolitischen Feldzug gegen das Proletariat benutzt. Dem Versäufnisgewinn, den die kapitalistischen Prägen folgt der Terrorauftritt Görings.

Das muß alle Illusionen der Arbeiter zerstreuen. Es gilt, sich loszureißen von der elenden Gefolgschaft der Bourgeoisie. Der Hungerkrieg, den die Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft eröffnet, die stetig frecher werdende Gegenrevolution, das ist die Folge dessen, daß die Arbeiterschaft nach dem so hequemen Rezept der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen der Bourgeoisie die Führung überlassen hat. Das, was jetzt geschieht, zeigt, daß die Bourgeoisie unfähig ist, irgendeinen Ausweg aus dem Konflikt zu finden, daß sie nur die Not und die Zerrüttung steigern kann.

Vor 50 Jahren erhoben sich die Pariser Arbeiter gegen ihre Bourgeoisierückgeber, die Frankreich an das Deutschland Bismarcks verschacherte, um freie Hand gegen die Arbeiter zu bekommen, die den Vertrag mit Bismarck

zu einem Nachfeldzug gegen die Nationalgarben benutzte. Die Pariser Arbeiter mußten fallen, sie waren eine Insel in Frankreich, ein kleines Häuflein in der bürgerlichen Welt. Ihre Tat hat aber dem ganzen Proletariat der Welt den Weg gewiesen.

Das deutsche Proletariat befindet sich in einer ähnlichen Lage. Für die deutsche Bourgeoisie ist der Konflikt mit der Entente nur ein Grund, um gegen die Arbeiterschaft loszugehen.

Das deutsche Proletariat steht aber nicht allein, es hat als Rückhalt die Proletarier aller Länder, es hat als Stützpunkt Sowjetrußland, dessen unerschöpfliche Reservoire, allein das zerstückte Deutschland wieder aufbauen können.

Die tapfere Tat der Pariser Arbeiter innerhalb eines ausfüllenden Kapitalismus, sie ist eine ehrene Vorbildigkeit für das deutsche Proletariat inmitten der graulichen Verpöfung durch den zusammenbrechenden Kapitalismus.

## Telegramme

### Kahr wiederholt seine Kampfanlage

(M.B. München, 17. März.)

In der heutigen Landtagssitzung erging Ministerpräsident v. Kahr nochmals das Wort zur Einwohnerversammlung und Entwaffnungsfrage und unterließ keine Bemerkung, die den entgegenstehenden Darlegungen, indem er behauptet, daß eine entgegenstehende Entscheidung der Regierung nicht geschehen dürfe, das zu tun, was sie für richtig gehalten wurde im Bereich ihrer Möglichkeit liege.

Die bayerische Orgeschregierung sagt Trumpf an. Denn sie weiß, daß die Gegenregierung ihre Zustritte gebührend hinhinnehmen wird.

### Freispruch im Pariser Kommunistenprozeß

(M.) Paris, 17. März.

Der Prozeß gegen die Kommunisten ist heute nachmittags zu Ende gegangen. Sämtliche zehn Angeklagten sind freigesprochen.

### Kloß und Lesèvre zur Reparationsfrage

(G.E.) Paris, 17. März.

Weitere Beratung der Unterparlamentarier über die Londoner Konferenz. Kloß, der Finanzminister des Kabinetts Clemenceau, fordert von der Regierung eine bestimmte Erklärung, daß die Abmachungen von Paris nicht mehr bestehen und man wieder auf den Versailler Friedensvertrag zurückgekommen sei, der Frankreich ein Vorkaufsrecht auf die Besetzung des deutschen Eigentums gäbe. Wenn Frankreich besetzt worden wäre, so hätte kein einziger Deutscher es gewagt, daß nur ein französischer Rentier einen Dupon eingelöst hätte, die Frankreich nicht die ihm auferlegte Entschädigung bezahlt haben würde.

Nach Kloß sprach der ehemalige Kriegsminister Lesèvre, der die Revision des Versailler Vertrages, die jetzt im Gange sei, ebenfalls behauptete. Die Regierung müsse darauf eintreten, daß man neue Bedingungen stelle, durch welche Frankreich das Recht der Besetzung des deutschen Eigentums erlange, daß Deutschland nicht die Möglichkeit habe, seine Militärmacht wieder herzustellen. Lesèvre erklärte, er wolle eine Kontrolle über die Herstellung des deutschen Eigentums gefordert werden. Lesèvre behauptete, daß die Deutschen sich nicht an die Reparationsfrage, die sie im Weltkrieg umgebracht wurden, seine Rede fand stürmischen Anklang in der Kammer.

### Die Lage in Kronstadt

(Privattelegramm der „Roten Fahne“)

Stockholm, 17. März.

Das Petersburger wird vom 16. meldet: Kronstadt behauptete unsere Stellung mit Scheinverfeinern. Die Nacht ist ruhig verlaufen. Es wurde einwandfrei festgestellt, daß die Versailler, funktentelegraphisch mit Estland und Finnland in Verbindung stehen. An der finnischen Küste konnten wir gegen Wogenverkehr beobachten. In Petrograd treffen jetzt täglich Kommunisten ein, die von den örtlichen Komitees gewählt sind oder sich freiwillig gemeldet haben. In den Petrograder Eisenbahnwerkstätten wird ununterbrochen gearbeitet. Die Produktion erhöht sich beständig und die Arbeitsdisziplin ist tadellos.

Zusätzlich: erlief folgende Rundgebung: Die methodischen Wägen stellen eine neue Art des Angriffes auf Sowjetrußland dar. Die verschiedenen Regierungen, die sich mißbrauchen lassen, müssen aufmerksam gemacht werden, daß dieser Ungehorsam nach dem vorbereiteten Plan eines unsichtbaren Zentrums ausgeht und als ein feindlicher Akt betrachtet werden muß.

### Die Abstimmung über die Gewerkschaftsfrage

(Privattelegramm der „Roten Fahne“)

Moskau, 16. März.

Die Sitzung vom 14. März war der Gewerkschaftsfrage gewidmet. Berichtsteller waren Einowlow Trozki, Schapnikow. Die Diskussionen in dieser Frage zeigten, daß die Hoffnungen der Sowjetrußlands auf einen Beschluß innerhalb der Kommunistischen Partei jeder Grundlage entbehren. Es wurde über 3 Resolutionen abgestimmt. 1. über die Resolution Lenin-Einowlow, 2. Trozki-Bucharin, 3. über die Resolution der Arbeiteropposition. Für die erste Resolution stimmten 336 Delegierte, für die zweite 60, für die dritte 18. Die Resolution Lenins wurde angenommen und einer besonderen Kommission zur eingehenden Ausarbeitung übergeben. In dieser Kommission sind Mitglieder aller 3 Richtungen vertreten.

### Abschluß eines italienisch-russischen Handelsvertrages

(M.) Rom, 17. März.

Der Handelsminister der Sowjetregierung Worenz wird heute von Graf Geygo und Giolitti empfangen werden. Die Verhandlungen zwecks Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Italien und Rußland stehen unmittelbar vor dem Abschluß.

Beitrag: der: Buchhändler und Papierverarbeiter. Heute Freitag, den 18. März, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, großer Saal, Jahres Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Gesamtverwaltung. 3. Stellungnahme zu den eingegangenen Vorschlägen. 4. Verchiedenes. Es ist Pflicht aller Delegierten, in dieser Versammlung zu erscheinen. Delegiertenkarte gilt als Legitimation. Die Ortsverwaltung.